

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Sechsten Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitung Nr. 4199 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 56.

Dienstag, den 7. März 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Agrarische Schwulitäten.

Wp. Die Agrarier machen gegen die Vorlage eines Fleischbeschaugesetzes mit Pauken und Trompeten mobil. Durch die gesammte agrarische konservative Presse geht das Rührgeschrei „unannehmbar“, aber selbst das genügt nicht, um den agrarischen Rühnwillen zu stillen, und die erlärte Bestie fordert grimmig, daß als Sühne für die unerhörte That einige Ministeressel umgeworfen werden. Weßhalb denn dieses? Was ist geschehen?

Als vor wenigen Wochen die ersten offiziellen Mittheilungen über das projektirte Fleischbeschaugesetz in die Öffentlichkeit drangen, da war die Ausnahme eine gerade umgekehrte: die Agrarier jubelten und die Fleischwaaren-Importeure thaten sehr beunruhigt. Ist nun anzunehmen, daß während dieser kurzen Frist der Entwurf total umgeändert wurde, und ist wirklich der deutschen Regierung zuzutragen, daß sie den Agrariern offen troht. Nichts von alledem. Der Wunsch der Agrarier ist bekanntlich, durch das Fleischbeschaugesetz die ausländische Fleischzufuhr unmöglich zu machen. Denn durch diese Zufuhr vom Auslande wird das agrarische Monopol des Volkshungerns erheblich geschädigt. Im Jahre 1893 wurden nach Deutschland 166 008 Doppelzentner Fleisch im Werthe von 14,6 Millionen Mark eingeführt, 1898 bereits 835,905 Doppelzentner zum Preis von 69,7 Millionen Mark. Da es sich also zeigt, daß das Ausland wohl im Stande ist, dieses wichtige Nahrungsmittel in erheblichen Quantitäten zu angenehmen Preisen zu liefern, so wäre es offenbare Pflicht jeder Regierung, die um das Wohl des Volkes beorgt ist, diese Zufuhr zu fördern. Aber die deutsche Regierung denkt auch nicht im entferntesten daran. Ihre ganze Verständigung vor den Agrariern besteht darin, daß sie die Frage offen läßt. Der Entwurf bestimmt, daß ausländisches Fleisch medizinisch untersucht werden soll, aber die Ausführung dieser Bestimmung im Einzelnen bleibt der Entscheidung des Bundesrathes überlassen; dem Bundesrath wird auch das Recht zuerkannt, in besonderen Fällen, die Importwaare von der Untersuchung zu befreien und umgekehrt die Einfuhr gänzlich zu verbieten. Dem Bundesrath ist so in Bezug auf das Ausland vollkommen freie Hand gelassen, und selbst die bekannten Schikanirungen der Einfuhr unter sanitärem Vorwand, aber aus ganz anderen Gründen, sind nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern es wird ihnen Thür und Thor geöffnet. Aber die Agrarier möchten ein völliges Verbot der Fleischzufuhr haben oder Maßregeln, welche diesem gleichwertig sind. Soweit konnte die Regierung schon aus Rücksicht auf das „auswärtige Amt“, wie die Agrarier richtig vermuthen, nicht gehen. Dies der eine Grund des agrarischen Verdrusses.

Das Geschimpfe der Agrarier über das Ausland ist aber diesmal zu einem großen Theil erheuchelt. Wegen der erwähnten vagen Bestimmungen, die dem Bundesrath gestatten, bei der Einfuhr von Fleisch, welches „nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung erhebliche Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß nicht bietet“, die Untersuchung ganz zu unterlassen oder einzuschränken (z. B. daß von Konservenbüchsen nur Stichproben genommen werden) und wegen der Freilassung des Verkehrs der Grenzbewohner, dessen Kontrolle selbst beim besten agrarischen Willen ein Ding der Unmöglichkeit ist, wäre die Vorlage für die Agrarier noch bei Weitem nicht „unannehmbar.“ Denn vom Bundesrath haben die Agrarier noch immer sogar mehr erreichen können, als selbst vom Reichstag. Aber das projektirte Fleischbeschaugesetz hat für die Agrarier noch einen ganz anderen Haken. Die Regierung hat nämlich die Unvorsichtigkeit begangen, bei dessen Abfassung das Reichsgesundheitsamt zu Rathe zu ziehen, und dieses konnte nicht umhin, mit dem Schutze des konsumirenden Volkes vor verdorbenem Fleisch, auch wenn es gut deutscher Abstammung ist, gewisse Maßnahmen ernst zu machen. Das ist es, was die Agrarier über alle Massen kränkt. Es handelt sich um die sogen. Vorbeschau. Die Vorlage bestimmt, daß das Vieh, unbeschadet der Untersuchung nach der Schlachtung, auch schon vor der Schlachtung untersucht werde. Diese Vorbeschau am Lebenden Thiere ist im Sinne einer

zweckmäßigen Fleischkontrolle durchaus notwendig, weil es gewisse Krankheitsmerkmale giebt, die am todtten Thiere nicht mehr in gleichem Maße wahrgenommen werden können. Es heißt in der Begründung des Entwurfs: „Die Lebendbeschau giebt Anhaltspunkte dafür, worauf bei der nachfolgenden Beschichtigung des geschlachteten Thieres besondere Aufmerksamkeit zu verwenden sein wird; sie erleichtert das Verständniß des Befundes am geschlachteten Thiere, sowie die Entscheidung über die Genushtauglichkeit des Fleisches.“ Das paßt aber den Agrariern nicht und die „Kreuz-Ztg.“ erklärt im Namen des Schlachtviehs: „Gleiches Recht für Alle!“ Nämlich, da man die importirten amerikanischen Schinken und Speck nicht mehr zu einem lebendigen Schwein vereinigen kann, so ergiebt sich aus dieser Forderung der Viehischen Gleichberechtigung, daß auch beim deutsch-agrarischen Vieh die Lebendbeschau unterlassen werden soll. Nun ist zu berücksichtigen, daß für das Haus-schlachten die Lebendbeschau von vornherein unterlassen wird, so daß von irgend welchen besonderen Schikanirungen der Landwirthe gar nicht die Rede sein kann. Aber Anderes steht im Spiele. Bis jetzt war es eine löbliche Gepflogenheit der biedereren Herren Landwirthe, wenn sie merkten, daß ein Thier erkrankte, dieses schleunigst, unter Verheimlichung der Krankheit, schlachten zu lassen bezw. an den Wegger zu verkaufen. Auf diese Weise erhielten sie das Geld, und das war auch ihr Hausmittel, die Ansteckungsgefahr für die übrigen Viehstand zu vermeiden bezw. vielmehr, es zu verheimlichen, daß ihr Viehstand durchseucht ist. Die daraus entspringende Vergiftung des Publikums zählte nicht mit. Bei der obligatorischen Vorbeschau wird aber die Sache anders. Wenn der Landwirth die Krankheit am Vieh bemerkt, so merkt es der Thierarzt erst recht. Der Fleischer, der früher ein Auge oder sogar beide zudrückte, wird jetzt, da er weiß, daß der Fleischbeschauer gewarnt ist, sich sehr wohl in Acht nehmen, und die Aussichten, durchseuchtes Fleisch loszuwerden, vermindern sich. So lange die Vorbeschau nicht eingeführt ist, verkauft der Landwirth sein Vieh an den Schlachter und macht sich aus dem Staube, weiter geht ihn die Sache nichts an; besteht aber die Vorbeschau, so wird der Schlachter selbstverständlich erst die Garantie des Fleischbeschauers haben wollen, bevor er den Preis zahlt und das Thier schlachtet — ein Betrug seitens des Landwirthes ist nicht mehr so leicht durchzuführen. Hinc lacrimae illae! Das sind die Wurzelnager des agrarischen Gemüthes, die Milben, die sich in ihrem moralischen Fleisch einnisteten!

Ganz naiv schreiben die Verfasser der Vorlage: „Durch die Fleischschau werden die Besitzer der Schlachttiere der Gefahr, genußuntaugliches Fleisch in den Verkehr zu bringen und deshalb belangt zu werden, überhoben.“ Ja, aber der agrarische Witz ist eben, genußuntaugliches Fleisch in den Verkehr zu bringen, ohne belangt zu werden. Ferner heißt es: „Die Vertuschung von Seuchenausbrüchen durch unkontrollirte Abschachtung kranker Thiere wird durch sie wirksam verhütet.“ Um den materiellen Schäden entgegenzuwirken, empfiehlt die Vorlage Viehverversicherung. Doch die Herren Agrarier denken: wozu denn die Versicherungsprämie zahlen, so lange man das verseuchte Fleisch vom Volk theuer bezahlen lassen kann? Und aus allen diesen Gründen erklären sie das Fleischbeschaugesetz für „unannehmbar.“

Selten ist politische Heuchelei und Perfidie schärfer zu Tage getreten, als jetzt in der Stellungnahme der Agrarier zum Fleischbeschaugesetz. Was sind ihre Grundfälle? Die Agrarier halten es für ihre patriotische Pflicht, dem Volke das billige ausländische Fleisch und wenn es auch kerngesund wäre, vorzuenthalten, und sie halten es für die patriotische Pflicht des Volkes, das Fleisch heimischer Ochsen und Schweine, selbst wenn es durchseucht und verdorben ist, mit einem theueren Preise zu bezahlen. Das Volk soll wenig und schlechtes Fleisch essen, und wenn es daran mager und arm wird, so werden die Agrarier fett und reich.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.“)

Berlin, den 4. März 1899.

Im Reichstage wurde heute zunächst die „Ordnung“

der neuen Militärtruppenreform vollzogen. Die Vorlage über die Errichtung eines eigenen bayerischen Senats für das Reichsmilitärgericht wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Nur einige bayerische Centrumskräfte stimmten dagegen. Sie sehen in dem Umstande, daß der Senat seinen Sitz in Berlin hat, eine Verletzung der militärischen Reservatrechte Bayerns. Vielleicht fürchten sie auch, daß dieser bayerische Senat in Berlin zum Nachtheil der bayerischen Soldaten verpreußt werden könnte. Viel Unterschied ist zwar in den Anschauungen der Träger von hellblauen und dunkelblauen Uniformen nicht vorhanden. Dann wurde die Spezialberatung des Militär-Etats fortgesetzt und der sogenannte „Reinkram“ erledigt. Die Beamtenverhältnisse spielten dabei die Hauptrolle. Bebel brachte einige Mißstände von geringerer Bedeutung zur Sprache, so den über das Hamburger Carl Schulke-Theater verhängten Militärboikott, der nur deshalb erfolgt war, weil der Direktor dem sozialdemokratisch angehauchten Verein „Freie Volksbühne“ die Theaterräume ein paar Mal überlassen hatte. Das Ordinarium des Militär-Etats wurde erledigt. Montag kommen die einmaligen Ausgaben an die Reihe.

49. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe-Schillingshausen, v. Goltz.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Gesetzes betr. die Einrichtung eines besonderen Senats für das bayerische Heer bei dem Reichsmilitärgericht in Berlin.

Schädler (Z.) verliest folgende Erklärung: Im Namen der Mehrheit meiner politischen Freunde aus Bayern habe ich zu erklären, daß der vorliegende Gesetzentwurf das in Bezug auf die Militärgerichtsgebung bestehende bayerische Reservatrecht nicht wahrt. Meine Freunde stehen auf dem Standpunkt, daß Bayern ein vollständig unabhängiges bayerisches Obermilitärgericht zu verlangen hat. Diese Unabhängigkeit scheint uns schon dadurch nicht gewahrt, daß dieses bayerische Militärgericht seinen Sitz in Berlin haben soll. Wir sind daher zu unserem Bedauern nicht in der Lage, dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung erteilen zu können.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Den Ausführungen des Herrn Vorredners kann ich erwidern, daß unter den verbündeten Regierungen ein völliges Einverständnis darüber besteht, daß eine etwaige spätere Abänderung dieses Gesetzes insofern sie notwendig werden sollte, nicht ohne eine neue Vereinbarung mit Bayern erfolgen könnte. Der Gesetzentwurf und seine Begründung ergiebt, daß er auf eine Vereinbarung mit diesem Bundesstaate beruht.

Führ. von Hertling (C.): Die Worte des Reichskanzlers werden hoffentlich dazu beitragen, die Bedenken zu zerstreuen, die Kollege Schädler hier geäußert hat. Der Gesetzentwurf hat aber eine über die spezielle Vorlage weit hinausgehende Bedeutung. Ich begrüße es mit Freuden, daß man da, wo sich in der inneren Entwicklung des Reiches Schwierigkeiten ergeben haben, den Weg der Verhandlung von Bundesfürst zu Bundesfürst beschritten und so den föderativen Charakter des Reiches betont hat. Bravo! in der Mitte.)

Bayerischer Gesandter Graf Lerchenfeld: Die Worte des Herrn Schädler veranlassen mich zu der Erklärung, daß nach dem Vorkommen der bayerischen Regierung das Reservatrecht durch den vorliegenden Gesetzentwurf gewahrt wird. Auf die Frage nach Garantien bei eventuellen Änderungen hat der Reichskanzler schon eine blühende Erklärung abgegeben. Durch diese Erklärung wird Bayern alles gewahrt, was es für sich nur beanspruchen kann.

Bassermann (N.), Graf Bernstorff-Lauenburg (N.), von Staudy (N.), Hermes (Zp.), sprechen die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Gesetzentwurf aus.

Damit schließt die Debatte.

In der darauf folgenden zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf debattelos genehmigt.

Hierauf wird die zweite Etatsberathung bei dem „Militär-Etat“ fortgesetzt.

Beim Kapitel „Militärgeistlichkeit“ fordert Lingen (C.), daß bei der Dienstentteilung an den Sonntagen mehr Rücksicht auf die Seelsorge-Bedürfnisse der katholischen Mannschaften genommen werden möchte.

Das Kapitel wird darauf bewilligt.

Beim Kapitel Gouverneure, Kommandanten und Plazmajor erhält das Wort

Bebel (Sd.) Ich muß hier einen Vorfall zur Sprache bringen, der sich in Altona zugetragen hat. In Hamburg besteht seit Jahren eine sogenannte „Freie Volksbühne“, deren Mitglieder den verschiedensten Klassen der bürgerlichen Gesellschaft angehören. Dieser Verein hatte mit der Direktion des Carl Schulke-Theaters einen Vertrag abgeschlossen, wonach das Theater an einigen Sonntagen Nachmittagen dem Verein für seine Vorstellungen überlassen würde. Der Plazkommandant in Altona verhängte daraufhin über das Carl Schulke-Theater den Militärboikott. In Folge dessen trat der Direktor mit dem Vertrag mit der Freien Volksbühne zurück. Nun ist dieser Verein aber durchaus kein sozialdemokratischer. Er führte sogar kürzlich ein Stück auf, das den Sohn des Hamburger national-liberalen Bürgermeisters Münchberg zum Verfasser hat, bei diesem Anlaß trat der Bürgermeister selbst und eine Anzahl Senatoren dem Verein bei. Der Plazkommandant hat aber in einem Schreiben zur Begründung seiner Maßregel betont, er sehe sich veranlaßt, das Betreten von Lokalen jeder Art, in welchen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, sämtlichen Militärpersonen zu verbieten. Ich kann die Maßregel des Altonaer Plaz-

kommandanten nur als eine fleischliche und gefällige Begehrten, die der großen deutschen Armees danksam umwählig ist. (Bravo den Sozialdemokraten).

Generalmajor v. d. Voelck: Die Beschwerde, die Herr Bebel hier vorgebracht hat, ist der Militärverwaltung in den letzten Tagen auch schriftlich zugegangen. Die Militärverwaltung ist bereit, den Sachverhalt sofort aufzuklären. Ich möchte nur noch meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß, wenn der betr. Kommandant der Garnison den Besuch der Vorlesungen der „Freien Volkshöhe“ unterläßt, er dazu wohl Veranlassung gehabt hat.

Bebel (S.D.): Es handelt sich hier nicht um das Verbot, die Vorlesungen der „Freien Volkshöhe“ zu besuchen, sondern um einen Boykott der Abendvorlesungen des Carl-Schulze-Theaters, weil dasselbe, wie gesagt, keine Räume an einigen Sonntag-Nachmittagen im Monat der „Freien Volkshöhe“ überlassen hat. Aus der Erklärung des Herrn Generalmajors scheint mir hervorzugehen, daß er sich schon vor der Unterfuchung sein Urtheil über das Vorgehen des Kommandanten gebildet hat.

Zum Kapitel „Wohlfahrtspflegung der Truppen“ liegt folgende Resolution der Abg. Graf Bismarck, Vöhlern (K.) und Wen vor. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsminister zu ersuchen, das Dienstverkommen der Militärschreiber und Militärschreiber für die anderen Militärbeamten zu gewöhnlichen Gehaltsverbesserungen entsprechend bahnhaltend zu erhöhen.

Graf v. Kanitz (Konf.) begründet die Resolution und bittet um Annahme derselben.

Nach kurzer Debatte, an der sich die Abg. Lieber (B.), Hoffmann-Hall (Libd. W.), Waasche (W.), Müller-Sagan (Frl. W.), Werner (Nitt.) und Frhr. v. Karborst (K.) beteiligten, wird die Resolution gegen die Stimmen der Konservativen, Antisemiten und einiger Freikonservativen abgelehnt.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso die folgenden.

Beim Kapitel Naturalverpflegung verlangt Herr v. Rodde (K.), daß die Proviantämter mehr als bisher bei den Produzenten direkt kaufen sollen.

Dortel (K.) schließt sich seinen Ausführungen an.

Das Kapitel wird bewilligt, ebenso das Kapitel „Bekleidung“ und „Ausstattung“, sowie das Kapitel „Garnisonverwaltung“.

Zum Kapitel Artillerie und Waffenwesen liegt eine Resolution des Abg. Pauli (K.) vor. Dieselbe wünscht, daß den bei den Artillerie-Konstruktionsbureaus diätarisch angestellten Zeichnern Aussicht auf Anstellung dadurch gegeben werde, daß 28 von den 42 Stellen in feste Beamtenstellen mit Pensionsberechtigung umgewandelt werden. Im Gehalt sollen sie mit den Garnisonbauwarten gleichgestellt werden. Für die bei den königlichen Instituten beschäftigten Hilfsarbeiter wird ebenfalls Aussicht auf feste Anstellung und im Gehalt Gleichstellung mit den Garnisonbauarbeitern verlangt. Endlich wünscht die Resolution, daß das Einkommen der auf Lohn in den genannten Instituten angestellten Schreiber von 3 bezw. 4 auf 4 bezw. 5 Mark erhöht werde.

Kriegsminister von Söyler bebauert es, daß die Agitation für Gehaltsverbesserungen wieder weitere Kreise gezogen habe.

Lieber (B.) bittet, die Resolution abzulehnen.

Die Abstimmung über die Resolution wird auf die dritte Lesung verschoben.

Bebel (S.D.) verweist auf die Gefährlichkeit der jetzt im Gebrauche befindlichen Platzpatronen. Unsere Heeresverwaltung hätte längst bessere einführen sollen. Leider wird sie daran durch den Vorrat verhindert, in dessen Händen sie sich befindet.

Nach einer kurzen Erwiderung des Generalmajors v. Voelck wird das Kapitel bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariums.

Die Weiterberatung wird auf Montag, Mittags 1 Uhr, vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Mundschau. Deutschland.

Die Geschäftslage des Reichstages ist sehr schwierig. Er ist weit später als sonst, am 6. Dezember 1898 — dank der Palastreise — einberufen worden und erhielt bei seinem Zusammentritt nur den Etat und die Militärvorlage. So kam es, daß bis Mitte Februar es im Plenum nur Etatsdebatten ohne Abstimmungen gab. Bis Mitte Februar war im Reichstag, abgesehen von der nebensächlichen Kommission über den Antrag Rinteln, nur die Kommission für das Budget, die Banknovelle und die Invalidenversicherung hinzugekommen. Zum Abschluß aber wird vor Oßern nur die Beratung der Bankkommission kommen, indes auch erst so spät, daß die Novelle erst nach Oßern vor das Plenum gelangen kann. Große Gesetzentwürfe, wie das Postgesetz, die Hypothekendarlehenbankgesetz, das Fleischschaugesetz, die lex Heinze, sind noch nicht einmal zur ersten Beratung gekommen. Die erste Beratung vorzunehmen hat auch keinen Zweck; denn wenn gleichzeitig allzu viel Kommissionen gebildet werden, so mangelt es an Mitgliedern zu ihrer Befugung; in Folge von Doppelmandaten hindern sich aber die Kommissionen gegenseitig in der Arbeit.

Die Artilleriebewilligungen — für die Kgl. Wir haben seinerzeit in dem Artikel „Mehr Kanonensutter“ ausführlich dargelegt, wie es bei der Einführung der Schnellfeuergeschütze zugeht. Wir haben darauf verwiesen, daß die Frage eines vollkommen brauchbaren Schnellfeuergeschützes noch durchaus nicht gelöst sei und daß nur durch das eifertige Vorgehen der deutschen Heißsporne die Staaten zum Wettlauf auf diesem Gebiete genötigt wurden. Heute haben wir die angenehme Pflicht zu erfüllen, die Anerkennung dieses Thatbestandes seitens der in Militärsachen so regierungsfremden „Kreuzzeitung“ festzustellen. Selbstverständlich geschieht dieses nicht im politischen Theil dieses Blattes, der für das große Publikum bestimmt ist. Wir entnehmen die betreffende Auslassung einer Besprechung der Militär-Literatur in diesem, von Offizieren meistens gelesenen Blatte. Da heißt es nun:

„In Bezug auf Deutschlands bereits vollendete Ausrüstung wurde im Militär-Wochenblatt gesagt: Roma locuta, causa finita, auch ein hoher Offizier meinte einst in Betracht der ungeheuerlichen Auslöser, in die sich alle Mächte hineinwälzen, halb im Scherz, man solle Zeden, der noch ein neues Gewehr oder Geschöß erfinde, zum Tode verurtheilen und öffentlich anhängen lassen. Gewiß werden die Stanzgeber und die Finanzminister dieses Wort gern unterschreiben; dennoch bleibt immer noch theoretisches Witzgefallen genug an den, mit Geist und reicher Erfindungsgabe dargebrachten Produkten der neuen Waffenkonstruktionen.“

„Roma locuta, causa finita“ — Rom hat gesprochen, die Sache ist erledigt — wendet man an, um anzudeuten, daß eine Sache, die noch nicht spruchreif war, mit Gewalt zur Entscheidung gebracht wurde. Und das ist es ja, was wir behaupteten. Nun eröffnen sich schöne Aussichten: Raum sind die Geschütze gebaut, so werden schon sehr wesentliche Verbesserungen gemacht und man kann das Zeug in den Schmelzöfen werfen! Auch die erwähnte militärische Ueberflucht der „Kreuz-Bl.“ weiß bereits auf wichtige Konstruktions-Veränderungen zu verweisen, die geeignet sind, eine neue Umwälzung des Geschützwesens zu Stande zu bringen. Es bleibt denn bald von der ganzen vielgepriesenen neuen Artillerie-Ausrüstung nichts übrig, als das „theoretische Wohlgefallen“ — und dafür sind in Deutschland allein Hunderte von Millionen bewilligt worden, wobei erst, wenigstens in der Budget-Kommission, wieder.

Das roma locuta, causa finita hat übrigens diesmal noch eine Nebenbedeutung — das Zentrum hat bewilligt, die Sache ist erledigt. Das Zentrum ist daran schuld, daß dieses viele Geld aus den Taschen der Steuerzahler in alle Winde zerstreut wird!

Um diese „ungeheuerliche“ Verschwendung zu beseitigen, braucht man keine Salzen; es genügt, wenn das deutsche Volk bei den Wahlen die bewilligungsstaudige Majorität aus dem Reichstage austreibt.

Der Klub der Harmlosen im Reichstage. Zu der Behauptung des Kriegsministers von Söyler, daß bei der berichtigten Spieler-Affäre aktive Offiziere überhaupt nicht beteiligt seien, schreibt das „Berliner Tageblatt“:

„In diesen Worten muß man sagen, daß die Kenntnis des Kriegsministeriums in diesem Falle herzlich wenig weit reicht. Wir wollen insoweit dessen Mittheilungen in diesem Punkte wiederholen und nochmals feststellen, daß weit über hundert aktive Offiziere im „Klub der Harmlosen“ ein und aus gingen und spielten. Wir sind weit davon entfernt, aus dieser Thatsache, welche durch die Voruntersuchung lediglich bestätigt wird, einen Vorwurf gegen die Armees herzustellen, aber um so mehr muß darauf gehalten werden, daß einer Beschönigung der Thatfachen vorgebeugt werde. Wir waren weit davon entfernt, sämmtlichen Prinzen Deutschlands einen Vorwurf daraus zu machen, daß einige von ihnen sich mit dem Falschspieler Wolff und seinen Schlegeln zu dem berüchtigt gewordenen „Pringelstein“ niederließen. Aber auch diese Prinzen — das wollen wir dem Herrn Kriegsminister verrathen — waren aktive Offiziere oder sind es noch.“

Etwas weniger kategorisch, so schreibt das Blatt weiter, äußerte sich am Freitag der konservative Reichstags-Abgeordnete v. Tiedemann. Wenn der Kriegsminister noch behauptet hatte, daß aktive Offiziere überhaupt nicht beteiligt waren, so beschränkte sich Herr von Tiedemann darauf, in dem Ton, der den vornehmen Herren von der Rechten so wohl ansteht, zu erklären: „Außer dem Zeitpunkt ist mir Näheres nicht bekannt, aber so viel weiß ich, daß nur sehr wenige Offiziere dabei theilhaftig sind.“

„Sehr wenige“ ist ein ziemlich behubarer Begriff, aber vielleicht interessiert es Herrn v. Tiedemann, zu erfahren, daß an einem Spielabend des Klubs der Harmlosen von 42 Anwesenden nicht weniger als 36 in Uniform erschienen waren, also — falls nicht gerade einige zur Uebung einberufene Reserve-Offiziere sich unter ihnen befanden — aktive Offiziere waren.

Ueber die Novelle zur Gewerbeordnung, welche dem Reichstag zugegangen ist, macht die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ Mittheilungen. Darnach führt der Gesetzentwurf die Konzessionspflicht der Gesindevermieter und Stellenvermittler ein. Dieselben sollen auch verpflichtet werden, ihre Tagen der Ortspolizeibehörde einzureichen und anzuschlagen. Ferner werden aus dem in der Session 1895/97 unerledigt gebliebenen Entwurf die Bestimmungen über die Einführung von Lohnbüchern und Arbeitszetteln sowie über die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter in Vorschlag gebracht, mit einigen zum Theil nicht unwesentlichen Abänderungen. Der Vorschlag des früheren Entwurfs, wonach die Mitgabe von Arbeit nach Hause in denjenigen Fällen sollte untersagt werden können, in denen Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter mindestens sechs Stunden in der Fabrik beschäftigt waren, ist nicht wieder aufgenommen, die Fassung vielmehr so gewählt worden, daß dabei dem Arbeitgeber die Möglichkeit bleibt, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hindurch in der Fabrik und zu Hause zu beschäftigen. Endlich enthält der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern in den offenen Verkaufsstellen. Hiernach soll diesen Personen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens zehn Stunden und innerhalb der Arbeitszeit eine angemessene Mittagspause gewährt werden müssen. Wird die Mittagspause außerhalb des Gebäudes der Verkaufsstelle eingenommen, so soll die Festsetzung der Dauer der Pause durch die Gemeindebehörde erfolgen, sie muß indessen stets mindestens eine Stunde betragen. — Dem Gedanken des obligatorischen Ladenschlusses trägt der Entwurf insoweit Rechnung, als er auf den Antrag von mindestens zwei Dritteln der berechtigten Geschäftsinhaber die höhere Verwaltungsbehörde ermächtigt, nach Anhörung der Gemeindebehörde für alle oder einzelne Geschäftszweige anzuordnen, daß die offenen Verkaufsstellen während einer näher zu bestimmenden Zeit zwischen 8 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens geschlossen sein müssen. Wird der Ladenschluß um 9 Uhr oder später angeordnet, so kann derselbe bis 7 Uhr Morgens erstreckt werden. Die etwa erforderlichen

Ausnahmen werden bei der Anordnung zu berücksichtigen sein. — Wir werden auf dem Gesetzentwurf noch zurückkommen.

Die Petersschen Windbesteuerungen in seiner jüngsten Broschüre werden jetzt amtlich als solche gekennzeichnet. Das Bankhaus v. d. Heydt hat bereits, wie wir mittheilten, öffentlich erklärt, daß die angeblich betraute Aktivistin von Karl Peters nicht, wie dieser in seiner Broschüre behauptet hatte, „in Gewahrnam der deutschen Post“ gelehrt hat, sie ist überhaupt nicht der Post zur Beförderung übergeben, sondern von dem Bankhaus einem Spediteur übermittlelt worden. Die Reichspostverwaltung stellt nun auch eine zweite Uebersicht von Peters richtig: Eine Uebersicht der für Dr. Peters eingegangenen Briefschaften durch die deutsche Post hat in keiner Weise stattgefunden. Die strafgerichtliche Verfolgung sei beantragt. — Strafgerichtlich wird man allerdings Herrn Peters nicht beikommen können, da er vorsichtig genug gewesen ist, viele hundert Meilen zwischen sich und den preussischen Staatsanwalt zu bringen, ehe er seine Beschuldigungen der Öffentlichkeit übergab.

Der agrarische Zukunftsstaat. Wie sich die Agrarier die künftigen Handelsverträge denken, sagt ein Programm, welches die Landwirtschaftskammer von Schleswig-Holstein, deren Bestimmungen vollständig mit denen des Bundes der Landwirtschaftler übereinstimmen, für die Vorbereitung von Handelsverträgen aufgestellt hat. Darüber berichtet die „Weiter-Bl.“:

Vor allen Dingen werden höhere landwirtschaftliche Schutzzölle gefordert. Die Höhe des Zolls soll so bemessen werden, daß der Betrieb ohne den Verlust der Produktionskosten und der Vergütung des Anlage- und Betriebskapitals einen bescheidenen Unternehmergewinn sichert. Damit der Schutz Zoll diesen Zweck erfüllt, sollen Tarifverträge ohne Bindung der landwirtschaftlichen Zölle abgeschlossen werden. Ferner werden „wirksamere“ Viehschutzzölle gefordert und zwar mäßige Zölle für Rind- und Kalbvieh, hohe Zölle für Schaf- und Ziegenfleisch, hohe Zölle für Schweinefleisch. Dasselbe Gebot gilt für die Erziehung auf Erhöhung des Heringszolls: je weniger Fische in Deutschland eingeführt werden, desto „wirksamer“ werden die Schutzzölle auf Vieh und Fleisch werden. Die Begründung sagt: „Der gegen die Erhöhung des Heringszolls erhobene Einwand, daß der Hering ein Hauptnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerungstheile sei, trifft hierorts nicht zu, die Erhöhung des Zolls auf Salzhering ist daher unbedenklich und volkswirthschaftlich.“ Was kümmert die Landwirtschaftskammer die Arbeiterbevölkerung Ostpreussens? ebenso wenig wie diejenige, welche sich mit von russischen Heringen nähren muß, für welche die Ueberführung eines Zolls gefordert wird. Es fehlen außer den genannten Vorschlägen nicht Schutzzölle auf Wolle, Geflügel, Honig, Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte. Daneben wird auch ein Schutz Zoll auf Brennholz und die Erhöhung des für Bau- und Nutzholz bestehenden Zolls gefordert, auch der Schutz Zoll für Quebrachholz und für auslaubende Geshäfte nicht. Neu ist in dem Programm die Forderung eines Prohibitivzolls auf amerikanischer Pferde, 500 Mk. für das Pferd werden verlangt. Das ganze Programm wurde ohne Widerspruch genehmigt. Nur der 500 Mark-Zoll auf amerikanische Pferde erregte Bedenken bei dem Deputationsrathe Bösch, nicht weil er gegen den Prohibitivzoll an sich etwas einzuwenden hatte, sondern nur weil er fürchtete, daß die Gegner der Landwirtschaft gleich wieder über diesen bescheidenen Satz herfallen würden. Herr Bösch schlug also nur einen kleinen Schutz Zoll von 300 Mk. für das Pferd vor, aber der Vorsitzende Graf Kanitz will das amerikanische Pferd von dem nationalen Boden verbannen und die Kammer beließ es bei dem Prohibitivzoll von 500 Mk.

Man wird unwillkürlich versucht, nach der Vektüre dieses agrarischen Wunschzettels, dieses Programms des agrarischen Zukunftsstaates, zu fragen: „Soll nicht?“ Auswärtige Regierungen sollen mit uns Verträge ohne Bindung der Zollsätze eingehen, sich den Agrariern also auf Gnade und Ungnade ergeben! Der Hering, in vielen Gegenden die einzige Nahrung des armen Mannes, soll vertheuert werden, um die Fleischzölle „wirksamer“ zu machen! Ein Schutz Zoll auf Brennholz will dem Armen auch noch seinen oft einzigen Trost im Winter, die warme Stube nehmen!!! Daß derartige Forderungen überhaupt aufgestellt werden können, zeigt, wohin wir gelangt sind, was sich das deutsche Volk alles von einer einseitigen Interessengemeinschaft gefallen lassen muß.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages wird am Dienstag (7. d. M.) zusammentreten. Man vermutet, daß es sich um die Besprechung der Militärvorlage handelt. Glücklichen Umfalle!

Heute hüh! Am Mittwoch verhandelte das preussische Landesökonomie-Kollegium über Pferde zu d. Bei dieser Gelegenheit klagte Graf Bernstorff darüber, daß das Schlachten von Pferden in Deutschland so sehr überhand genommen habe. Im Jahre 1896 seien allein in Schlachthöfen und in Rostschlächtereien 50 516 Pferde geschlachtet worden. — Diese Klage ist recht charakteristisch für unsere Agrarier. Als Lederbissen gilt das Pferdefleisch sicherlich nicht. Nur in Folge der theuren Fleischpreise ist die ärmere Bevölkerung auf den vermehrten Konsum des Pferdefleisches angewiesen gewesen. Und wer schafft zum großen Theil die theuren Fleischpreise: die Agrarier, auf deren Schreien hin die Grenzen gesperrt sind. Graf Bernstorff sollte daher, statt über den zunehmenden Konsum von Pferdefleisch zu jammern, mit seinen agrarischen Freunden für die Befreiung der Grenzen eintreten, damit die Einfuhr von Vieh zunimmt und die Fleischpreise infolgedessen sinken. Aber daran hapert's eben. Die Agrarier wollen das nicht.

Wie das staatsgefährliche Portal ansieht. Das Portal für den Friedhof der Märzgefallenen, zu dessen Errichtung das Berliner Polizeipräsidium nach mehmonatlichen Korrespondenzen mit verschiedenen Ministerien die Erlaubnis unterlag, liegt der „Freis. Blg.“ jetzt als Skizzenzeichnung vor. Das Blatt schreibt dar-

ber: „Das Portal soll nach Ansicht des Polizeipräsidenten bekanntlich „zur Verherrlichung der Revolution“ bestimmt sein. Jeder Beschauer muß zunächst erstaunt sein über die Einfachheit des Portals. Nicht eine Spur findet sich darin von direkten oder indirekten Andeutungen an politische Begebenheiten oder gar zur Verherrlichung des Märzgeschehens. Das Portal, welches bekanntlich von dem konservativ gesinnten Stadtbaurath Hoffmann herrührt, könnte eben so gut verwendet werden für jede Begräbnisstätte einer hochkonservativen Familie. Das Portal ist seitlich von zwei gemauerten, quadratischen Pfeilern mit vorstehenden verzierten Pilastern eingefast, die beiden Pfeiler sind durch einen Segmentbogen geschlossen und in dessen Schlüsselstein die Förmung für eine Inschrift vorgelesen. Das Ganze ist dann mit einem Bekleidungsgeflecht abgeschlossen. An beiden Seiten schließt sich ein einfacher Stabstententenn an. Das Portal hohe und 1 Meter 60 Cm. breite Portalhöhe bildet ein einfaches Giebelgedächtnisthor mit abschließend aufgesetzter Verzierung.“

Der Wahrheitsforscher Professor Dr. Schell in Würzburg hat trotz seiner parteiischen Versicherungen, daß er nichts zurückzunehmen habe und seinen Standpunkt nicht aufgeben werde, pater peccavi gesagt; daran ist nicht zu zweifeln. Wie jüdische Blätter melden, erstellte Professor Dr. Schell den Mitgliedern der theologischen Fakultät seine Bereitwilligkeit, sich dem Urtheile der Judenzugregation zu unterwerfen, sowie seinen freien Willen, seine Lehre mit den Entscheidungen der Kirche in Einklang zu bringen. Diese Erklärung gab Professor Dr. Schell auch dem Bischof Dr. Schöber gegenüber ab. Inzwischen werden die Schriften Schell's bereits von bischöflichen Examinatoren den ihnen unterstehenden Geistlichen und Meisterschulern abgefordert und verbrannt. So hat der heroische Anlauf schnell ein unglückliches Ende genommen. Mit dem übermächtigen Rom preist man nicht, hat Dr. Sigl vom „Vaterland“, und Herr Dr. Schell hat seine Lust, zum Märtyrer zu werden. Im Kirche triumphirt!

Um der durch die Spielerprozesse und öffentlichen Skandalaffären bekannt gewordenen querknackigen Bewachung der Offiziere entgegenzutreten, ist insofern folgende Kabinettsordre am 10. März veröffentlicht worden:

Aus Vorlesungen der jüngsten Zeit habe ich wiederum erfahren müssen, wie häufig unlautere Angebote neuerwerblicher Soldaten an die Offiziere meines Heeres herantreten. Ingeheim leichter Sinn und Mangel an Erfahrungen in Geldangelegenheiten lassen aus solcher Art gebotener Gelegenheiten häufig den Anlaß schwerer Verdrüßnisse, in vollständigen Ruins werden. Ich will alle Mittel angewendet wissen, um von meinen Offizieren Besuchen dieser Art fern zu halten. Meine dahin zielende Ordre vom 6. Juli 1889 muß jedem Offizier als mein erster Wille immer vor Augen stehen. Ich bestimme, daß künftig jeder Offizier die an ihn gelangenden unlauteren Geldanerbietungen ohne Vergütung seines Vorgesetzten zu melden hat. Die Generalkommandos und die sonst zuständigen Militärbehörden verpflichte ich, nach Feststellung des strafbaren Charakters des Angebots und womöglich dieserhalb erzielter gerichtlicher Verurteilung solche Fälle fortan dem Kriegsministerium mitzuteilen. Dieses hat dann wegen Veröffentlichung der Namen derartiger Geschädigter und der näheren Umstände des Falles das Erforderliche zu veranlassen. Diese meine Ordre ist durch das „Armeekorrespondenzblatt“ bekannt zu machen.

Berlin, den 23. Februar 1899.

Wilhelm.

Hoffentlich wirkt diese Maßregel nützlich, wenn man sich auch einen radikalen Erfolg davon nicht versprechen kann. Der Grund des Verbots liegt tiefer.

Kleine politische Nachrichten. Die Invaliden-Gesetzkommission hat am Freitag den Antrag über § 34 angenommen, wonach statt der Summe von 450 Mark als Grenze der Unfall- und Invalidenrente die Summe von zwei Dritteln des Normallohnes genommen werden soll. — Die Ausschusskommission des Reichstags hat am Freitag unter Teilnahme des Geh. Rathes Wallot den Entwurf der Stimmzettelurne von H. Hilbrand-München einstimmig abgelehnt. Bezüglich des ständischen Denkmals in der Vorhalle der Präsidialkammer wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, dasselbe dem Professor Sack behufs Uebernahme zurückzugeben. — In der 6. Kommission des Reichstags, welche die Justiznovelle, betr. Erlegung des Verleides durch den Mord, in Verbindung mit dem Antrag Mintels, zu beraten hat, wurde am Freitag § 60 der Regierungsvorlage, betr. die Bereidigung des Jüngers unverändert angenommen. — Der Kaiser hat bestimmt, daß den Handwerksmeistern (Schneidermeistern bei den Truppen) der Betrieb eines Handelsgewerbes und das Halten eines offenen Ladens nicht mehr zu gestatten ist und daß sich ihr Privatgewerbebetrieb auf die Uebernahme der Schneiderarbeiten beschränken soll. — Die Reichstagskommission für die Banknovelle nahm, wie die früheren Mittheilungen ergäben, mitgetheilt wird, mit 12 gegen 11 Stimmen einen Antrag Müller-Fulda an, der den § 41 des Bankgesetzes dahin ändert, daß die Aufhebung der Reichsbank oder die Uebernahme auf das Reich zuerst am 1. Januar 1921, alsdann von 20 zu 20 Jahren erfolgen kann und daß zur Verlängerung dieser Frist über den 1. Januar 1921 hinaus die Zustimmung des Reichstages erforderlich ist. Die zweite Lesung beginnt am 8. März dieses Jahres. — In der Kommission für das Invalidenversicherungsgesetz wurden Sonnabend die §§ 20 und 26 diskutiert, welche die Höhe der Beiträge für die verschiedenen Lohnklassen betreffen. Zu einer Abstimmung darüber kam es noch nicht. — Die mündlichen Reichstagsreden Paasche's und Orsola's haben bei den Nationalliberalen nicht überall reine Zustimmung gefunden. Die „Nat.-Ztg.“ betont ausdrücklich, daß sie nur ihre persönlichen Ansichten ausgesprochen hätten. Daran, daß die Fraktion Drehscheibe mit dem Ultramontanen bald Frieden schließen wird, zweifelt trotzdem Niemand. — Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags hat die Wahl des konservativen Abg. Graf Bismarck-Wohlen in Greifswald-Grimsen beanstandet zur Beweishebung über die im Protokoll behaupteten Thatsachen. — Jüngst war davon die Rede, daß auf den preussischen Staatsbahnen in der vierten Klasse Abtheilungen für Nichtraucher eingerichtet werden sollten. Die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“ schreibt demgegenüber, ihr sei von einer solchen Absicht der Regierung nichts bekannt geworden. — Goldhürmer wurde wegen Spionage vom Reichsgericht zu fünf Jahren Zucht-

haus, zehn Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurtheilt. Die Urtheilssprüche wurden zwar öffentlich verlesen, enthalten aber keine Angaben über den Sachverhalt. — Die namhaftesten Anführer Münchens hatten sich durch Vermittelung des Oberstaatsanwaltes in Leipzig an den König von Sachsen gewandt, damit die über den Kaiser keine wegen einiger im „Simultankrieg“ erschienenen Reichsungeheuer verhängte sechsmonatige Gefängnisstrafe in Haftungschaft umgewandelt werde. Wie die Presse mittheilt, hat der König dieser Bitte entsprochen. — Die Mittheilung, daß der Antisemitische Central-Verein in Leipzig, der die Juden mit dem Reichsflagel prägen möchte, seinen Antrag entzogen hat, wird von dem „Kriegsbl. Vn.“ als unrichtig bezeichnet. Das Blatt erklärt, bestimmt zu wissen, daß der Graf noch immer als Antisemite fungiere. Die uniere Leser wissen, hat sich der Herr Graf in weiteren Kreisen durch eine antilemische Bewegung bekannt gemacht, die, als die „Staats-Ztg.“ sie in Berlin als Kellamingsblatt vorbereitete, auf Staatsanwaltschaftliche Verfügung beschlagnahmt wurde. — Eine böse Niederlage hat der Führer der polnischen christlich-sozialen Partei Vater Stojalowski in Lemberg erlitten. Ein Rebellentum hatte ihn beschuldigt, im Solde des russischen Generalmexico-Generals Prok zu stehen. Stojalowski klagte, aber der Angeklagte erbrachte vor Gericht den vollständigen Wahrheitsbeweis. Stojalowski wurde daher unter Anverlegung aller Gerichtskosten abgewiesen. Ein Anarchistprozess wird in Italien zur Verhandlung kommen. Auf Grund neuer Anklagen hat die römische Gerichtsbehörde den Prozess gegen Acciariti und Genossen wegen Verabredung gegen das Leben des Königs wieder eröffnet und die Verhaftung der Mitthäterin Colabona, Cubini, Ceccarelli, Diotallevi und Trenta angeordnet. Bis auf Trenta, der vor einiger Zeit ins Ausland entflohen ist, sind alle bereit verhaftet. In China liegt sich der russisch-englische Konflikt weiter zu. Am Mittwoch überreichte der russische Gesandte in Peking dem Thungsi-Namen schriftlich den Protest, welchen er früher schon mündlich gegen die nördliche Bahnfortführung erhoben hatte.

Frankreich.

Esterhazy als Werkzeug des Generalstabes. Esterhazy veröff. nlichte im Londoner „Chronicle“ seine vor dem Kaiserlichen Kassationshof gemachten Aussagen. Danach hat er ausschließlich, was er gesagt, gethan und geschrieben, auf Befehl seiner Vorgesetzten im Generalstab gethan. Dieser hat ihm seine Aussagen vor Gericht, seine Briefe an den Kriegsminister und an den Präsidenten der Republik vorgelesen. Als er im Prozess Pola eine persönliche, ihm nicht suggerirte Bemerkung machen wollte, verweigerte ihm der General-Bevollmächtigter durch Aufheben der Hand, und Esterhazy parirte. Selbst seine Forderung an Biquart hat er auf Befehl des Generalstabes erlassen, und als ihm ein Mangel an Beweismitteln in Paris ein Zeugnis fehlte, hat ihm der Generalstab diesen beibringt. Den Zeugen hatte ihm General Gouze verschafft. — Wenn diese Mittheilungen Esterhazy's wahr sind, — und er hat vor einem Solicitor sie nach englischem Rechte beschworen, — so würde dadurch nur bestätigt, daß der ganze Generalstab, soweit er im Dreyfus-Prozess in Betracht kommt, aufs Schwerste bloßgestellt erscheint.

Die Führer der Patriotenliga beschlossen, im Falle der Auflösung der Liga durch die Regierung, eine geheime Gesellschaft zu gründen, wie zur Zeit des Kaiserreiches. Die Führer und der Sekretär der Antisemitenliga sollen gerichtlich verfolgt werden. — Die antisemitisch-nationalistische Presse veröffentlicht spaltenlange Auszüge aus dem neuesten Panamabuche de la repaire's, das ausschließlich den Zweck verfolgt, Loubet zu kompromittiren. Das Buch enthält mehrere angebliche Briefe Loubets, worin dieser die Unterdrückung des Panamaskandals im Interesse der Republik bestritt. Das Buch bedeutet den Anfang eines neuen regelrechten Feldzuges zum Sturze Loubet's. Biquart wird heute, Montag, den Civilbehörden übergeben. Die revisionseindliche Presse beschimpft die Strafkammer des Kassationshofes wegen des Urtheils betreffend Biquart.

Spanien.

Die Ministerkrise ist bereits gelöst. Das neue Kabinett ist gebildet: Silvela übernimmt das Präsidium und Auferes, Dato Finanzen, Villaverde Finanzen, Duran Justiz, Polavieja Krieg, Marques Vidal öffentliche Arbeiten und Kolonien, Comara Marine. Die neuen Minister haben bereits der Königin den Eid geleistet. Wie verlautet, wird das Senatspräsidium dem Marschall Campos, das Kommerpräsidium Vidal, dem Bruder des Arbeitsministers, übertragen werden. Die Kammern sollen aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden Ende April stattfinden, die Wiedereinberufung soll im Mai erfolgen. Die Vorkämpfer in Paris und London sowie die Gouverneure, die Staatssekretäre und die Direktoren kündigten ihren Rücktritt an.

Neue Verhaftungen von „Sündenböcken“ sind am Freitag in Madrid erfolgt. Admiral Montojo, welcher seiner Zeit das Geschwader befehligte, und Sofoa, der frühere Kommandant des Arsenal in Cavite, sind am Freitag in das Gefängniß gebracht worden; General Linarez sollte am Sonnabend verhaftet werden.

Philippinen.

Die Regierung der Philippinen stellt in Abrede, daß unter den Eingeborenen irgend welche Neigungen zur Kapitulation vorhanden wären, oder daß sich eine Abtheilung der Tagalen ergeben hätte. Vielmehr wird mit großer Genugthuung auf die angeblichen Erfolge der letzten Kämpfe hingewiesen und die Fortdauer des Kampfes proklamirt. In einer Rundgebung der Regierung in Malolos heißt es: Die letzten Kämpfe sind Schlachten gewesen. Wir halten jetzt Bogig, Batros und Guabeloupe besetzt, unsere Linie im Norden ist bis nach Tondo vorgeschritten. Die Amerikaner haben Tondo und Pao niedergebrannt,

um den Vormarsch unserer Truppen, welche Manila angreifen wollten, zu hindern. Das Gefecht war heftig; unsere Verluste sind nicht so groß, wie die der Amerikaner. Unsere Todten entfallen zum Theil auf Nichtkombattanten, die auf den Straßen der Vorstädte erschossen wurden. Wir haben jetzt 600 amerikanische Gefangene; sie sollen in das Innere gefandt werden. Keiner unserer Leute hat sich ergeben, und keiner will es thun. Unter den Nichtkombattanten der Philippinen, welche die Amerikaner gefangen halten, befinden sich Greisinnen und Kinder. Sie haben das Gesicht gestellt, man möge sie in eine neutrale Zone schicken, außerhalb des Kriegsschauplatzes. Die Amerikaner erwiderten, daß das biete, sie in Freiheit zu setzen. Unsere Regierung wird ihre Unabhängigkeit wahren und nicht aufgeben. Wir werden den Krieg mit gestärkter Wille fortsetzen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Die Verbreiterung der Holzkrause soll nach einer glaubwürdigen Mittheilung der „Hamb. Nachr.“ von Herrn Senator Wallbrecht Hannover vorgenommen worden, dem bekanntlich auch Marly gehört. Es schweben angeblich auch mit Hausbesitzern der Bahnhofs- und Krähensstraße Unterhandlungen wegen Durchlegung einer breiten Straße von den Marlyhöfen nach dem Bahnhofe.

Ein herrlicher Meteor konnte gestern Abend kurz nach 10 Uhr am südlichen Horizont beobachtet werden. Das Phänomen, welches mit einem bläulich weißlichen Lichte ca. 5 Sekunden lang die dunkle Feldmark tagesshell erleuchtete, zog langsam in nordwestlicher Richtung, wo es mit einem hörbaren Knall verplatzte und erlosch.

Lwt. Egidy-Gedächtnisfeier. Eine andächtige Gemeinde, bestehend aus Angehörigen aller Stände, war es, die den kleinen Saal des Konzerthauses füllte, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der, obwohl nicht zur Sozialdemokratie zählend, ein Volkstreu und im edelsten und besten Sinne des Wortes war, nämlich des im vorigen Jahre verstorbenen Moriz v. Egidy. Die Feier wurde eingeleitet durch ein von einem hiesigen Verein vorgetragenes Lied; alsdann sprach Fel. Bogert-Hamburg eine Biographie, der tief empfunden und poetisch schön auf die Anschauungen und Ideale des Verstorbenen einging. Darauf ergriff Herr Bloh-Hamburg, ein persönlicher Freund von Egidy, das Wort, um in längerer Rede den Lebenslauf und die Entwicklung Egidy's den Anwesenden vor die Seele zu führen. Die schlichten und einfachen Ausführungen verfehlten nicht, einen tiefen Eindruck zu machen. Ein Lied und eine kurze Ansprache des Herrn Lehrers Marsch beschloß die Feier.

Genossenschaftsregister. Am 4. März 1899 ist eingetragen: auf Blatt 27 bei der Firma „Lübecker Genossenschaftsbank“ eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung: Die Generalversammlung hat am 3. Februar 1899 eine Abänderung des § 50 Abs. 6 des Statuts beschlossen.

Anzeigepflichtige Krankheiten. Im Monat Februar wurden 24 ärztliche Meldungen über Diphtherie, 25 über Masern und 29 über Scharlach beim Medizinalamt erstattet. Fünf Erkrankungen an Masern und Scharlach verliefen tödtlich.

Handelsregister. Am 4. März 1889 ist eingetragen auf Blatt 2102 die Firma „Johannes Spiering“. Dit der Niederlassung Lübeck. Inhaber J. C. Spiering, Kaufmann in Lübeck.

Die Bürgerschaft hält Montag, den 13. März, eine Versammlung ab.

Auf dem Treidelstieg ist das Fahren und Reiten, nach einer neuerlichen Bekanntmachung des Polizeiamtes, verboten.

Für das Bäckergewerbe soll auf Antrag der hiesigen Bäcker-Zinnung eine Zwangsinnung errichtet werden. Gegen diese Anordnung steht den beteiligten Gewerbetreibenden innerhalb 4 Wochen die Beschwerde an den Senat zu.

Moderne Kinder. Der 17jährige Felix B., Sohn eines Möbelhändlers im Südosten von Berlin, unterhielt ein Verhältnis mit der 15jährigen Tochter eines Bureaubeamten, welche in einem Konfektionsgeschäft als Lehrlingsmädchen thätig war. Der junge B. hat trotz seiner Jugend ein bewegtes Leben hinter sich. Von zwei Gymnasien ist er wegen schlechter Streiche entfernt worden; in einem Geschäft, wo er als Lehrling thätig war, erleichterte er die Portokasse, um sich Taschengeld zu verschaffen. Zuletzt besuchte er eine Baugewerkschule. Am 24. vorigen Monats, als die Mutter des B. früh Morgens dessen Zimmer betrat, war dieses leer. Auf dem Tische lag ein Brief, in welchem Felix seinen Eltern mittheilte, daß er mit seiner Geliebten ins Ausland geflohen sei, um sich dort trauen zu lassen. Zu der Reise hatte er aus dem Geldschrank seines Vaters, dessen Schlüssel er sich anzu eignen verstanden hatte, 280 Mk. entwendet. Anfangs wußte man nicht, wer die Auserwählte des hoffnungsvollen Bürgchens sei, bis man durch die Anzeige des Bureau-Beamten vom Verschwinden seiner Tochter dahinter kam. Ein Brief des davongelaufenen Mädchens aus Lübeck bestätigte die Annahme der Polizei. Bis heute ist es nicht gelungen, die jugendlichen Ausreißer zu fassen.

Holzverkäufe. Freitag den 10. März werden im Wallis'schen Gasthause in Waldhaujen, Vormittags 10 Uhr, verkauft: 212 Rmtr. Buchen-Kluffholz, 53 Rmtr. Buchen-Knüttelholz, 44 Haufen Buchen-Abfallbusch, 23 Rmtr. Eichen-Knüttelholz, 12 Rmtr. tr. Nadelh. Knüttelholz, 14 Cavel. = 112 Fichtenstangen, Leiter- und Bindebäume, 18 Cavel. = 430 Stück Fichten-Schleete. — Aus

dem Schutzbezirk Schwintende werden Mittwoch den 19. März im Kubach'schen Gasthause in Curau, Vormittags 11 1/2 Uhr, verkauft: 6 Rmtr. Eichen-Kluff- und Knüppelholz, 42 Haufen Eichen-Abfallbush, 434 Rmtr. Buchen-Kluff- und Knüppelholz, 98 Haufen Buchen-Abfallbush, 13 Rmtr. Nadelholz-Knüppel, 29 Haufen divers. Buchholz, 32 Cavel. = 13,16 Fmtr. Fichten-Kluffen, Leiter-, Bindebäume und Schleete, 4 Cavel. = 4,67 Fmtr. Weiden-Pantoffelholz.

|| **Krummeffe.** Zum ersten Male nach der Reichstagswahl fand gestern wieder eine Volksversammlung hier statt. Dieselbe tagte, wie auch schon früher, im Gasthof zum Elbe-Trave-Kanal, Besitzer Siebelt. Dank der regen Agitation für die Versammlung hatte sich dieselbe eines ziemlich guten Besuches zu erfreuen und sie würde nach dem einstimmigen Urtheil verschiedener Versammlungstheilnehmer noch weit besser besucht gewesen sein, wenn man sie auf eine geeignetere Tagesstunde verlegt hätte. Als Referent war Genosse Friedrich

Lübeck erschienen, der in 1 1/2 stündigen Ausführungen unter lautem Beifall der Anwesenden über „Reichstag und Regierung“ sprach. Eine Diskussion wurde nicht begehrt; insolge dessen konnte die Versammlung bereits nach einem Schlusswort des Genossen Dührkoop, der die Versammlung einberufen und geleitet hatte, geschlossen werden.

Stersfhang-Viehmarkt.

Hamburg, 4. März.

Der Schweinehandel verlief gut. Zugeliefert wurden 1220 Stüd. Preise: Versandtschweine, schwere 47-49 Mt., leichte 47-49 Mt., Saugen 42-46 Mt. und Ferkel 46-47 Mt. pr. 100 Wfb.

Stadttheater. Auf die heute stattfindende Eröffnung der Novität „König Christian II.“ Schauspiel in 5 Akten von Adolf Paul, welche auf das Sorgfältigste unter persönlicher Leitung des Dichters einstudirt worden ist, weisen wir nochmals ganz besonders hin. Dienstag findet eine Wiederholung von „Der

„Lado“ statt. Die Aufführung von „Heinrich“ hat bis zum Donnerstag verschoben werden müssen, da der Darsteller Herr Johns erkrankt ist.

Quittung.

Für die Dresdener Opfer des Buchhaussturzes gaben ein:

Von einem Meissenburger	Rt.	0,80
Einzelne Mitglieder des Fabr.-Arb. Verb. in Sehmöbels	"	5,-
Nothe Gesellschaft Z. V. B.	"	1,70
Von J. B.	"	1,-
G. St. d. R.	"	0,50
Fabr. Arb. Versammlung in Gütlin	"	3,50
Mit den bereits quittirten	"	335,24
Summa	Rt.	347,14

Die Expedition. Weitere Beiträge nimmt entgegen die Expedition des „Lab. Volksb.“, Johannisstraße 50.

Allen Verwandten, Bekannten, sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Parteigenossinnen und Genossen hierdurch die traurige Mittheilung, daß meine unvergeßliche Gattin, Tochter, Schwester, Schwägerin **Anna Maria Sophia Matzen** geb. Pauls, heute Morgen 8 1/2 Uhr nach jahrelanger und qualvoller Krankheit durch den Tod aus dem Leben entzissen wurde.

Lübeck, den 4. März 1899.
Dieses zeigen hiermit an der tiefgebeugte Witte nebst Familie.
August Matzen und Familie.
H. Pauls, Frau und Familie.
Die Beerdigung findet am Dienstag Morgen 11 Uhr vom Trauerhause, Koll 18, aus nach dem Allgemeinen Gottesacker statt. Um stille und rege Betheiligung bitten
D. D.

Die besten Glückwünsche zur Verlobung des Fräulein **Pauline Stürm** und Tischler **Bernh. Carsten**.
Seine Collegen.

Zu sofort oder 1. April 3 Zimmer im Flügel zu vermietthen
Bedergrube 70.

Ein Zugänger billig zu verkaufen
Friedenstraße 48.

3 große Zugänger zu verkaufen
Schönlampstraße 6a, 1. Et.

Eine dreijährige Ziege wegen Umzug billig zu verkaufen.
Th. Stühr, Pohnsdorf.

Gefunden ein Reiß Posamenten.
Abzuholen Schützenstraße 20a.

Gute Cigarren, 100 Stück 2,90 Mt.
Gelbelpfag 16, pt.

 Prima 2jähr. Füllfleisch empfiehlt
H. Dose, Hundestraße.

Bestes Bratenschmalz
Pfund 40 Pfg.
empfiehlt

Chivinger Wurstfabrik
Aug. Scheere,
Holltenstraße 32.

Wichelleberwurst, per Pfd. 80 Pfg.
Leberwurst, per Pfd. 60 Pfg.
Sülze, per Pfd. 60 Pfg.
Fischschmalz, per Pfd. 60 Pfg.
ff. Margarine, per Pfd. 50, 2 Pfd. 90 Pfg.
ditto per Pfd. 60, 2 Pfd. 1,10 Mt.
empfiehlt in reeller Waare

E. Möhl, Regidienstraße 8.

Klein-Verkauf
von **jämmtlichen Spirituosen.**
Cronsforder Allee, **J. C. Müller**,
Ecke Sahlhorkstr.

Gänzlicher Ausverkauf!

Wegen Aufgabe des Geschäfts sollen sämtliche noch vorhandenen Sachen in neuen und getr. Herren-, Damen- und Kinder-Kleidungsstücken, Fußzeug, Betten, Handkoffer für jeden nur annehmbaren Preis ausverkauft werden.
M. Behrens, 32 Mariesgrube 32.

 Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hörstraße 32.

Vortrag:
„Irrthümliche Ideale der Socialdemokratie“
von **Dr. phil. Braasch-Schwanau**
am Freitag den 10. März, Abds. 9 Uhr im Concerthaus Fünfhäusen.
Beschränkte Diskussion. Eintrittskarten à 10 Pfg. an mehreren Verkaufsstellen.

Die Buchdruckerei

von

Friedr. Meyer & Comp.

L Ü B E C K

Johannisstr. 50 • Johannisstr. 50

empfiehlt sich zur

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten

in ein- und mehrfarbigem Druck.

Verlag des „Lübecker Volksbote“.

Anfertigung von

- Plakaten
- Broschüren
- Flugblättern
- Statuten
- Mitgliedskarten
- Eintrittskarten
- Programmen
- Festliedern.

Anfertigung von

- Briefbogen
- Couverts
- Rechnungen
- Quittungen
- Mittheilungen
- Adresskarten
- Circularen
- Visitenkarten.

Verband der Fabrik-, Land- Kultzarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstelle Lübeck.

Sonabend den 4. März starb nach langem schweren Leiden unser treues langjähriges Mitglied **Fräulein Anna Matzen** im 24 Lebensjahre. Ihre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag den 7. März, Vormittags 11 Uhr, vom Trauerhause, Koll 18, aus statt.

Alle unsere Mitglieder ersuchen wir, der Verstorbenen, welche für den Verband stets sehr thätig war, die letzte Ehre zu erweisen und wollen dieselben sich Vormittags 10 1/2 Uhr bei **F. Deefe**, Leberstraße, versammeln.
Der Vorstand.

Gratulations-Karten

zur Confirmation

in großer Auswahl vorrätzig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Allen Vereinen und Gewerkschaften empfehlen wir zur Neuanschaffung resp. Ergänzung von Bibliotheken **jämmtliche Bände**

der Internationalen Bibliothek

I. und II. Serie

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Oeffentliche Versammlung
der
Maler und Lackirer
Lübeds und Umgegend
am Dienstag den 7. März 1899
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50 (Saal).
Tages-Ordnung:
Der Lohn- und Zeittarif nach Beschlussfassung der Innung u. Stellungnahme der Gehülften hierzu.
Der Vertrauensmann.

Was ist Tagesgespräch in Lübeck??
Circus Varieté
und sein großartiges phänomenales Specialitäten-Programm.
Unglaubliche hier noch nie gesehene Leistungen des fahrenden Volkes.
Jeden Abend stürmischer Erfolg.
Eintrittspreise billig.
Des Riesensprogrammes wegen Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 7. März.
Der Mikado.
Vorher **Liebesträume.**
Mittwoch den 8. März.
Papageno.
Posse in 4 Akten von Rud. Kneifel.

Die finanzielle Lage des französischen Staatswesens.

Die vorletzte Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ gibt einen interessanten Überblick über das französische Budget wieder, der auf Uebelstände hinweist, wie sie verhängnisvoller nicht gedacht werden können.

Frankreich hat zur Zeit die höchsten Steuern Europas; trotzdem weist es durchaus nicht eine dementsprechende Förderung der öffentlichen Interessen auf. Die Steuern verfallen immer mehr, die Eisenbahnen stehen erst an sechster Stelle unter denen Europas; das Militär ist nicht genügend besoldet, die Zahl der Postbeamten reicht nicht aus — und doch interessieren diese Fragen die öffentliche Meinung weit weniger als z. B. der Panama-Skandal oder die „Affäre Dreyfus“.

In Frankreich kommt auf Jeden: 73—74 Franken Staatssteuern und 90—92 Fr. Staats- und Gemeindesteuern, während in England, das den Steuerzahlern weit mehr für ihren Beitrag an die Staatswirtschaft bietet, auf Jeden nur 62 Fr. fallen, in Deutschland etwas mehr als 50 Fr., in Oesterreich 44 Fr., in Holland 44,50 Fr., in Dänemark 34,40 Fr. und in Belgien 31 Fr. In Deutschland werden die Steuerzahler namentlich durch die dem Staate zufallenden Einkünfte von Eisenbahnen, Minen, Wäldungen usw. entlastet, während in Frankreich alle diese Einnahmen in die Taschen weniger Einzelner fließen. Am meisten aber bedrücken die indirekten Steuern (Tabak, Streichhölzer, Schießpulver zu Jagdzwecken sind Monopol) und die direkt empfindende Steuer auf Zucker und andere Lebensmittel den kleinen Mann.

Das Postwesen, das doch dem Interesse Aller dienen sollte, wird von keinem Staat so ausgebaut und nirgends besteht ein so veraltetes Steuersystem, dessen Veränderungen nur im Hinzufügen neuer Abgaben bestehen.

Eine furchtbare Ungerechtigkeit schließen die sogenannten Vermögenssteuern in sich, die nicht etwa im Verhältnis zum Einkommen stehen, sondern so verteilt werden, daß die im Budget festgesetzte Summe zu gleichen Theilen von allen Steuerpflichtigen des Landes zusammengescharrt wird. Diese Steuer ist in den letzten 15 Jahren bis zu 45 pCt. gestiegen, ohne daß dieser Erhöhung irgendwelche reelle Werthvermehrung zu Grunde läge. Der Städter bezahlt seine Steuer nach der Wohnungsmiethen, und dem Bauern, der doch meistens im eigenen Hause wohnt, werden auf bloßen Augenschein hin Miethen und insolgedessen Steuern angerechnet, die er kaum zu leisten vermag. Dadurch werden ganze Dörfer entvölkert. Alle Arbeitsfähigen wandern aus und die dem Orte zugehörigen Steuern fallen dann auf die zurückbleibenden Alten und Schwachen.

Für das nächste Jahr sey: Frankreich an Sporteln und Stempelsteuern 527 bzw. 179 Millionen Franken an, während England 468 Mill., Deutschland 160 Mill. und Italien 200 Millionen Franken einnahmen. Die Erbschaftsteuer ist so hart, daß z. B. schon Waisen für ihr kleines Erbtheil an Land und dergl. mehr Sporteln zu bezahlen hatten, als sie überhaupt vom Verkauf lösten. Notare zc. haben den einzigen Vortheil aus solchem Vorgehen.

Auch die Zollmaßregeln erschweren in Frankreich den

ökonomischen Kampf auf's Neueste; Steuererhöhungen sind nicht mehr möglich, denn die äußerste Grenze ist schon erreicht worden. Aber erst das thatsächliche Defizit wird die Regierung veranlassen, wirkliche Reformen einzuführen.

Den immer spärlicher werdenden Einnahmen steht ein Ausgabe Etat von 3 Milliarden 600 Millionen Franken gegenüber, mit Departments- und Gemeindeausgaben 4 1/2 Milliarden. England hat eine Milliarde weniger Ausgaben; Rußland hat 4 Milliarden. Im Verhältnis zu diesen Einnahmen betragen in Rußland die Ausgaben 40 Fr., in Frankreich 90 Fr. pro Kopf. Alle anderen europäischen Nationen verbrauchen viel weniger. Die Hauptposten im Ausgabebudget sind: Schulden, Militär, Kolonien. Man weiß ungefähr, daß die Schuldenlast 3 Milliarden übersteigt; genau will es Niemand wissen. Die thatsächliche Staatschuld wird auf 6 Milliarden Fr. geschätzt, da die Franzosen nie ehrlich, wie es z. B. Nordamerika gemacht hat, das Geld zu 4 Prozent aufnahmen, sondern es unter pari auslegten. So hat eine 3prozentige Anleihe dem Staatskassenschöpfer 3459 Millionen eingebracht, während den Gläubigern 4254 Millionen gutgeschrieben wurden. Die Warnung einsichtiger Männer, wie Pelléan, bleibt einfach unbeachtet.

Das Militär kostet gleichfalls Frankreich die enorme Summe von 1020 Millionen, die Marine mehr als die von Deutschland, Oesterreich und Italien zusammen. Die Marine wird bekanntlich für die Kolonialpolitik unterhalten, die Frankreich in den letzten Jahrzehnten mit Hochdruck betrieben hat. Aber ein Nutzen der Kolonien hat sich bis jetzt noch nicht zeigen wollen, die kolossalen Summen sind einfach vergeudet oder kommen nur einzelnen Leuten zu Gute. Uebrigens ein warnendes Exempel für die neu-deutsche Welt- und Marinepolitik.

Die Bevölkerung der französischen Kolonien beläuft sich auf 40 Millionen Menschen, diese beziehen von Frankreich Waaren im Werthe von 120 Millionen, kosten das Land aber 80 Millionen. Die Franzosen gehen für ihre Kolonien mehr aus, als alle anderen Völker zusammen. Uebrigens ist das Kolonisationsystem dort durchaus fest. Man kolonisiert nicht, man erobert, je nach der Laune eines unternehmungslustigen Offiziers. Es kommt auch vor, daß berartige Eroberungen gegen den ausdrücklichen Willen der Regierung geschehen — wie das z. B. beim Sudan der Fall war, — natürlich muß die Regierung schließlich die gemachten Ausgaben bezahlen.

Für öffentliche Arbeiten und Unternehmungen kann unter solchen Umständen natürlich nicht viel Geld übrig bleiben. So kommt es denn, daß das französische Postwesen in Europa erst auf der zehnten Stufe steht. Madagaskar kostet Frankreich mehr als das Zustandhalten aller französischen schiffbaren Flüsse und Seehäfen, der Niger im Sudan verschlingt zehnmal mehr, als alle Flußkorrekturen im Lande selbst.

Das verarmte Zustände auf die Dauer unhaltbar sind, liegt auf der Hand. Ueber den sensationellen Wirnissen der inneren Politik werden diese sehr realen Thatsachen aber immer wieder übersehen. Frankreich steht unmittelbar vor einem finanziellen Ruin. Aber einstweilen werden, selbst von den Radikalen, alle Reformpläne zurückgestellt. Für die Bourgeois-Republik ist das Wohl der Gesamtheit zur Zeit identisch mit den Interessen um die Dreyfus-Revision.

Soziales und Partei-Leben.

Der Streik der Cigarrenarbeiter der Firma Hoyer in Delmenhorst und Heiligenstadt ist beendet und, wie die Bremer „Bürgerztg.“ berichtet, Herr Hoyer als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen. Das war dadurch möglich, daß er die Arbeiter einer anderen Fabrik in Heiligenstadt, welche Konturs gemacht hatte, annahm. Diese Arbeiter, sämtlich unorganisiert, konnten sich nicht dazu verstehen, sich mit den ausländischen solidarisch zu erklären, obwohl sie vom Vorstand des Tabakarbeiter-Verbandes dazu aufgefordert wurden. Wie verlautet, soll der Betrieb in Delmenhorst nicht wieder aufgenommen werden.

Eine Erhebung über die Arbeitslosigkeit im Gärtnerberuf hat der Allgemeine deutsche Gärtnerverein eingeleitet, um auf Grund des durch die Rundfrage gewonnenen Materials der Frage der Arbeitslosenunterstützung näherzutreten zu können.

Zum Streik der Sammetweber. Die Arbeiterausschüsse beschlossen, die Vermittlung der sozialen Kommission abzulehnen, erklärten sich aber bereit, mit den Fabrikanten unter Vorsitz eines Unparteiischen direkt zu unterhandeln.

Streik in den Bänder Eisenwerken. Am Donnerstag Vormittag haben in genannten Werken 45 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Grund ist die Maßregelung eines Kollegen, welcher sich der Wiedereinführung der 11stündigen Arbeitszeit auf dem Wege von Ueberstunden widersetzt hatte. Zugang von Schloßern und Formern nach Bände ist ferngehalten.

Ächtung, Formern und Berufsgenossen! In Frankfurt a. M. ist am 27. Februar ein Formerstreik ausgebrochen. Die Kollegen wollten deshalb den Zugang nach Frankfurt a. M. vermeiden.

Ein Arbeitgeberbund ist vor Kurzem in Berlin gegründet worden. Das Polizeipräsidium hat die Statuten genehmigt. Bisher sind 1000 Arbeitgeber mit 40 000 Arbeitern dem Bund beigetreten. Der Anschluß von 500 Arbeitgebern mit 20 000 Arbeitern soll in den nächsten Tagen erfolgen. An der Spitze steht der Industrielle A. Hegewald von der Vereinigung Berliner Metallwaarenfabrikanten.

Auch eine Folge des Zuchthaus-Urtheils. Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ theilt mit, daß sie in den letzten Wochen über 1000 Abonnenten gewonnen hat. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß dieser erfreuliche Zuwachs an Abonnenten auf die Aufrüttelung zurückzuführen ist, die die Arbeiterbevölkerung von Dresden und Umgebung durch das Zuchthaus-Urtheil erfahren hat.

Der Streik der Tabakarbeiter in der Fabrik von Grewal in Antwerpen ist beendet.

In Bilbao streiken 1500 Bergarbeiter.

Aus Buch und Fern.

Kleine Chronik. Welt unter dem Deckmantel harmloser Vergnügungen sozialdemokratisch Agitation getrieben werden könnte, deswegen verbietet ein Bürgermeister, natürlich in Sachsen, in dem Städtchen Wilsdruff bei Dresden, ein Vergnügen des dortigen Tischler-Fachvereins. In der Kunst, „Gründe“ für die Sozialistenvernichtung zu finden, sind die Sachgen in der That allen über! In Kirchau bei Bittan brannte die große Spinnerei der Gebrüder Friebe ab; 400 Arbeiter werden brodtlos, der Schaden ist ungeheuer. — Das kostbarste Buch in der königlichen Bibliothek in Stockholm ist eine

und dort an geschützten tiefen Stellen standen und brachte einen Vogel zum Auffliegen, der schweigend in die Luft stieg und verschwand.

Es hat etwas seltsam beängstigendes, dies unermessliche Landmeer, wo Hügel an Hügel liegt, alle blendend weiß, alle ohne Leben und doch so lebendig. Wo heute ein Berg ist, findest du ihn nach wenigen Wochen kaum mehr; was ein Thal war, ist aufgewachsen; wo eine Spitze sich erhob, ist sie fortgeweht; wo Palme und Ranken standen, hat der fliegende Sand sie tief begraben. Oft aber sind die Dünen auch fester geworden und nach der See zu hat der menschliche Fleiß sie in Aussicht genommen und hält sie in Ordnung, um Haus und Leben zu schützen. Gärbengeflechte halten den Sand auf, daß er nicht fortgeführt werden kann, mit Tang und Geröll wird er gemischt, damit ein mattes Grün seine Wurzeln darin verschlinge, Tiefen werden ausgefüllt, um die natürlichen Bollwerke gegen die wilde See zu verstärken. Als Jens eine der höchsten Dünen spitzen erreicht hatte, setzte er sich nieder und ließ seine Blicke lange über die fesselnden, wunderbaren Gegenstände der Natur schweifen, die sich vor ihm aufthaten. Da lag der blendende Dünenwall lang ausgestreckt in seinem Grabeschweigen, und schied das blaue Meer von der grünen gegenwärtigen Marsch. — Kein Brausen der Brandung, kein hohles Rauschen, kein Ton unterbrach die Stille. Das Meer hatte sich weit zurückgezogen, so weit, daß das Auge kaum erkennen konnte, wo der weißgeträufelte Strich begann, der wie ein Faden von Silber herüberglänzte. Es war tiefe Ebbezeit, der Grund bloß gelegt und hier gerade bildeten die Dünen ein weites Becken von Hufeisenform, das eine Ducht einschloß, die auf eine Stunde Breite nur trodenes Land zeigte.

Auf der anderen Seite aber lag die Marsch grün und duftig. Das Vieh weidete in großen Scharen darin, aus der Ferne stieg die Spitze eines Kirchturmes auf und in ungewissen Abritten zeigten sich die Häuser eines Dorfes. Schwärme von Seevögeln aller Art deckten ganze Flecke der reichen Grasenebene, als wüchsen weißschimmernde Blumen

Der Vogt von Sylt.

Erzählung von Theodor Mügge.

(14. Fortsetzung.)

„Und was glaubt Ihr denn, lieber alter Freund, was jetzt falsch und unrecht an mir wäre?“ fragte Lorenz.

„Hör, Jens“, sagte Lorenz Lebe, „ich kenne Dich besser, wie andere und sehe mitten in dein Herz hinein, als wäre ich ein Gott, während ich doch nur ein armer alter Knecht des Herrn bin. Du bist im Begriff, entweder etwas sehr Dummes oder sehr Kluges zu thun, je nachdem man es nimmt. In den Augen der Menschen ist aber manches sehr Klug, was im Grunde dumm, was nicht gar schlecht ist, und umgekehrt schlecht und dumm, was sehr weise und gut sein kann.“

„Und was sieht der gottähnliche, weiße Herr Pastor denn mitten in meinem sündigen Herzen?“ fragte Jens.

„Einen Kampf um Gutes und Böses, um Gerechtes und Ungerechtes“, rief der alte Mann, und es soll mich wundern wer dabei Sieger bleibt.“

„Ich bin eben auf dem Wege, um diesem Kampf ein Ende zu machen“, sprach Jens.

„Hab's gedacht“, fiel der Pfarrer ein, „aber laß Dir sagen, Jens: die Stimme, mit der Du das sagst, klingt ganz so, als ob's nicht wahr wäre und Du wolltest es Dir nur selbst vorreden. Nun sag ich Dir, man kann die ganze Welt täuschen, aber gegen sich selbst muß man aufrichtig sein. Die Menschen machen es freilich so und darum eben ist so viel Lug und Trug auf Erden. Sagte jeder zu sich selbst, was ich da thue ist unrecht, ist falsch, ist schlecht, so würden die Könige und ihre Räthe weniger sündigen und mancher andere Mann mit ihnen. Allein jeder lügt sich vor, er handle recht, oder müsse so handeln, oder es sei klug, so zu handeln und daraus entsteht das Lügengewebe, das selbst das Schlechteste zu rechtfertigen weiß.“

„Ich weiß nicht, wohin das Moral des Herr Pfarrers zielt“, sprach Jens gezwungen lachend.

„Du weißt es wohl“, rief Lorenz, „und weil Du es weißt, will ich kein Wort weiter sprechen. Wähle, welchen Weg Du willst. Du stehst hier am Scheidewege. Dort liegt Petersens Haus, da geht es in die Dünen hinein. Wähle zwischen dem friedlichen stillen Leben und dem unruhigen wilden Treiben des Sandmeers, das der Sturm durchwühlt. Was Du aber auch thun magst, wähle, daß es Dich nicht reut, und wenn es Dein Unglück nicht sein soll, laß auch nicht zu, daß anderer guten Menschen Glück dabei zu Grunde gehe.“

Mit diesen Worten gab er seinem Pferde einen Schlag und trabte davon, ohne sich weiter nach Lorenz umzuschauen.

Eine kurze Zeit ging dieser noch auf dem Wege vorwärts, dann bog er ab und über die Deiche hin, weit an Petersens Besitz vorbei, wanderte er den mächtigen Dünen zu, die das Meer in seinen ewigen Kämpfen aufgethürmt hat, um sich selbst ein Ziel zu setzen. — Nach einiger Zeit war er im Bereich der unwirtlichen Wüste, gegen welche der Fleiß der Menschen sich zu schützen sucht, so gut es angeht. Ein paar verlassen Wohnungen, deren Reste aus dem Flugsande hervorragten, bezeugten, daß einst der belebende Athem der Natur sich auch hierher erstreckt hatte, bis er ausgelöscht worden war vom Fluche ewiger Unfruchtbarkeit. Der feine Sand lag zusammengeweht an den verlassen Mauern und rieselte langsam durch hohle Fenster hinein, bis er endlich alle Räume ausgefüllt hatte und nichts mehr zu erblicken war, als ein unförmiges, wellenartiges Grab. Ähnliche Hügel bildeten eine Kette, bald höher, bald niedriger, welche weithin die Küste einfaßte. Bei jedem Windstoß wirbelte der Sand empor, hoch in die Lüfte, kein Halm, keine Lebensspur war zu entdecken.

Langsam kam Jens durch die öden Thäler dieser Wüste weiter. Die Stille des Todes herrschte darin. Wo hinter sein Fuß tief sinkend trat, es rieselte leise die Spur hinter ihm zusammen. Dann und wann brach ein Luftstrom von der See herein, raschelte in den dünnen Ranken, die da

